

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 509 + Ausgabe B Nr. 253

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Vor der großen Koalition in Preußen.

Ministerpräsident Leinert?

Die heftigen Verhandlungen der Parteien.

Die Entwicklung der politischen Lage in Preußen hat im Laufe des heutigen Vormittags weiter die Entwicklung genommen, die wir heute schon angebahnt haben.

Am 11 wurde die demokratische Sitzung abgebrochen und um 1/2 12 Uhr vertagt, weil man bis dahin eine weitere Klärung der Lage erhofft.

Ebenso war es beim Zentrum, dessen Besprechungen noch andauern. Hauptgegenstand der Beratungen des Zentrums war ihre Haltung zur Person des Präsidenten Leinert.

Die Demokraten dürften bereit sein, für Leinert zu stimmen. Im 12 Uhr wurde Leinert zu den Sozialdemokraten gebeten, die eine Vorhandlung abzuhalten und deshalb ihre ursprüngliche um 1/2 12 Uhr festgesetzte Fraktionsbesprechung auf unbestimmte Zeit verlagern.

Im übrigen steht über die Personenfrage und über die Frage, mit welchen Parteien die einzelnen Minister befehligt werden sollen, Endgültiges natürlich noch nicht fest.

Rechtssozialisten außer dem Ministerpräsidenten das preussische Ministerium des Innern und das Finanzministerium übernehmen wird. Für das Ministerium des Innern kam der Abgeordnete Sebering in Betracht, während für das Finanzministerium der Abgeordnete Reil genannt wird.

Wie wir noch kurz vor Redaktionsschluss erfahren, steht um 1/2 12 Uhr noch nicht fest, wann die Plenarsitzung beginnen wird. Die Sitzung des Zentrums, die gegenwärtig noch andauert, ist dem voraussetzlichen Ministerpräsidenten Leinert nicht unangenehm gefallt.

Der deutschnationale Ruf nach dem Bürgerloß.

Die Deutschnationale Fraktion hat ihren getrennt ausgegebenen Standpunkt heute ausdrücklich aufrecht erhalten und dafür folgende Formulierung beschlossen:

Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß der Ausfall der Landtagswahl vom Februar dieses Jahres wie das Interesse des Landes eine Regierung unter Einfluß der Rechten fordert.

Vor der Konferenz.

Der Einfluß des Senats. — Warnung vor zu hoch gespannten Erwartungen. — Neutralisierung Chinas und Schutz Frankreichs.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Friedrich Glaser.

Washington, im Oktober.

Der plötzliche Tod des Senators Knox hatte die entscheidenden Senatverhandlungen über den Friedensvertrag um einige Tage verzögert. Die zwischen den verschiedenen Parteigruppen des Senats getroffene Verständigung wurde eingehalten und die Ratifizierungsverhandlungen wickelten sich verhältnismäßig glatt ab.

Die Ereignisse der letzten Zeit bringen diese Tatsache sehr klarutage. Die ersten Anregungen zur Einberufung der Konferenz zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten sind bekanntlich aus der Mitte des Senats gekommen, und die Regierung, die von vornherein ihre Zweifel über den Erfolg eines Unternehmens gehabt hat, das in der öffentlichen Meinung Hoffnungen wachrief, die selbst unter den günstigsten Umständen nicht erfüllt werden können, mußte sich diesen Wünschen, wenn auch widerstrebend, anbequemen.

Angebliche Instruktionen Schmidtgerins zum 7. November.

Von mehreren Seiten ist gemeldet worden, der Leiter des russischen auswärtigen Amtes, Schmidtgerin, habe die Vertreter der russischen Auslandsagenten, am 7. November, dem Jahrestag des bolschewistischen Revolutionszieges, große Demonstrationen zu veranstalten und sich dabei selbst möglichst häufig in der Menge zu zeigen.

Von der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte Ein neues Referat für die Kandidaten.

Der neue Direktor der Abteilung Ost im Auswärtigen Amte, Freiherr von Malchow, hat alsbald nach Übernahme der Geschäfte einige Personalveränderungen vorgenommen. Wie wir schon früher, so ein neues Referat für die Kandidaten gegeben und die Leitung von Herrn von Bülcher unterstellt werden.

Stimmuns Reise nach Prag.

Ueber Stimmuns Reise nach Prag, die zum Abschluss eines polnisch-tschechischen Bündnisses führen soll, wird geheimnisvolles Dunkel gehoben, in diesem Falle aber nicht seitens der Regierung, sondern seitens der Presse. So ergibt es sich, daß ein der Regierung Konflikt nahe liegendes Blatt Stimmuns eine Verhörsverlegenheit aufweist, da er mit Beschneidung Vertrag schließen wollte, gegen den Willen der polnischen Öffentlichkeit, einen Vertrag, der den Willen des Prager Gesandten Bily und Stimmuns bedeute, aber nicht den Willen Bolens. In wenig freundlicher Weise wird hier selbst in Warschauer Blättern, die die höchsten Freundschaft etwas ruhiger gegenüberstellen, hervor-

gehoben, daß in Prag schon eine Unioersität eröffnet wurde, worauf die richtige Antwort nicht ein Fremdenpaßvertrag sondern die Eröffnung einer Homofischen Universität in Krakau war.

Dollar: bis 240, polnische Noten: bis 9.

Der Dollarkurs zeigt keine sprunghafte Steigerung fort. Die Gründe zu dieser Bewegung liegen einmal darin, daß das Ausland sich von seinem Marktspektrum trennt und ferner in dem sehr geringen Devisenbedarf, das am nächsten Markt zum Verkauf kommt.

Staatssekretär a. D. Bergmann in Washington

Aus Washington wird gemeldet, daß der frühere Staatssekretär Bergmann dem Sekretär des Finanzministeriums Mellon einen neuen Plan für die Abtragung der deutschen Schuld unterbreitet hat. Dieser Plan sei dem Direktor der „Federal Reserve Bank“, Benjamin Franklin, mitgeteilt worden.

Au zuständiger Stelle wird uns erklärt, daß Staatssekretär a. D. Bergmann lediglich in privater Mission nach Washington gereist ist. Von den angeblichen neuen Vorläufigen Deutschlands zur Regelung der Reparationsfragen ist in Berlin nichts bekannt.

Im Hause der Lords erklärte Lord Greyton im Namen der Regierung, daß sämtliche Regierungen mit Ausnahme Bolens und der Vereinigten Staaten eine Zustimmung ihrer Forderungen an Österreich beifällig haben. Amerika habe gezeigt, daß es dem Plan des Bundesverbandes wohlwollend gegenüber stehe und hoffe, daß der Kongreß die Regierung ermächtigen wird, die notwendigen Schritte zur Beteiligung Amerikas an dieser Kreditaktion zu tun.

Man ersieht aus diesen Beispielen, in welcher Weise die republikanische Administration ungeachtet ihres großen Wahrsieges unter den Nachwehen der Wilsonschen Diktatur zu leiden hat. Der Senat, der sich Herrn Wilson nur zu oft mit Widerwillen gefügt hat, gibt jetzt nicht mehr so leicht nach, und diese Neigung des Senats zum peinlichen Bestehen auf seinen verfassungsmäßigen Rechten zusammen mit der Tatsache, daß die alten Parteien einen, wenn auch sehr langamen Zerlegungsprozess durchmachen, führt von Fall zu Fall zu neuen Schwierigkeiten.

Jedenfalls ist durch die Gestaltung der Parteiverhältnisse, namentlich im Senat, die Entwicklung jedes weiterführenden Programms erheblich erschwert. Gerade in der fahenden Partei des Senats haben sich die vorhandenen Gegensätze in dem Führer des amerikanischen Westens — Borah — und in dem des mehr englisch gestimmten Ostens — Lodge — sehr deutlich ausgeprägt und die Abstimmung zugunsten der Vereinigung der amerikanischen Schiffahrt Panama-Kanal mit ihren zehn Stimmen Mehrheit für Senator Borah nicht, daß der mehr amerikanisch gestimmte Senat nicht ganz machtlos ist.

Jedenfalls ist durch die Gestaltung der Parteiverhältnisse, namentlich im Senat, die Entwicklung jedes weiterführenden Programms erheblich erschwert. Gerade in der fahenden Partei des Senats haben sich die vorhandenen Gegensätze in dem Führer des amerikanischen Westens — Borah — und in dem des mehr englisch gestimmten Ostens — Lodge — sehr deutlich ausgeprägt und die Abstimmung zugunsten der Vereinigung der amerikanischen Schiffahrt Panama-Kanal mit ihren zehn Stimmen Mehrheit für Senator Borah nicht, daß der mehr amerikanisch gestimmte Senat nicht ganz machtlos ist.